

NACHRICHTEN



EU-FISCHEREIPOLITIK

REGELUNG GEGEN ILLEGALE FISCHEREI

Die EU-Kommission will im Oktober 2008 eine neue Rahmenregelung gegen illegale Fischerei in EU-Gewässern vorlegen.

→ Die Regelung sieht eine umfassende und integrierte Kontrollen vom Fischer bis zum Verbraucher vor. Anlässlich einer informellen Ratstagung Mitte Februar hat der für Fischerei zuständige Kommissar, Joe Borg, erklärt, dass die Unzulänglichkeiten der EU-Fischereikontrolle die gemeinsame Fischereipolitik als Ganzes infrage stellen. Auch das Ziel einer langfristigen Bestandsbewirtschaftung sei gefährdet. Obwohl jährlich rund 400 Millionen Euro für Kontrollen – davon 200 Millionen für Kontrollen auf See – aufgewendet werden, sei die Reg-

istrierung der Fänge weiterhin unzuverlässig, eine Überprüfung oder Abgleichung der Daten fände kaum statt, und so würden der Kommission falsche Fangmeldungen übermittelt. Dazu kämen offenbare Lücken bei den Schiffsüberwachungssystemen und die viel zu geringen Strafen, um auf potenzielle Rechtsbrecher abschreckend zu wirken. Im Bericht des EU-Rechnungshofs vom November 2007 wird die Analyse der Kommission bestätigt. **HO**

EU-BODENSCHUTZ

BITTE WARTEN

Ende Dezember ist die von der portugiesischen EU-Präsidentschaft geplante politische Einigung zur Bodenschutz-Rahmenrichtlinie gescheitert.

→ Maßgeblich dafür war die Sperrminorität von Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden und Österreich. Mit dieser Richtlinie sollte ein Rahmen für den Schutz des Bodens auf europäischer Ebene geschaffen werden. Die Richtlinie zielt auf eine Vermeidung einer Verschlechterung der Bodenqualität und der Erhaltung der Bodenfunktionen sowie der Wiederherstellung der Böden ab. Wesentliche Elemente des Vorschlags sind eine Ausweisung von prioritären Gebieten und die damit verbundene Erstellung von Aktionsprogrammen. Im Bereich der Bodenkontaminationen soll eine Ausweisung und Inventarisierung kontaminierter Standorte und deren Sanierung erfolgen. Dem Vernehmen nach sind in den genannten Ländern

Landwirtschaftsvertreter gegen die Richtlinie Sturm gelaufen, weil sie Auswirkungen auf die Agrarförderungsprogramme befürchten. **HO**

VERPACKUNGSSAMMLUNG

ZU WENIG WETTBEWERB?

Die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) wirft dem Verpackungssammelsystem ARA den Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung vor.

→ Ende Jänner 2008 ist über die Medien bekannt geworden, dass

die Bundeswettbewerbsbehörde (BWB) den Gesellschaften des ARA-Verpackungssammelsystems ihren Ermittlungsbericht zur Stellungnahme übermittelt hat. Darin wird ARA der Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung vorgeworfen. Demnach habe ARA mit einer bewusst zu niedrig angesetzten Lizenzmengenplanung vorsätzlich Überschüsse herbeigeführt und dadurch, dass diese ja nicht an die LizenznehmerInnen zurückgezahlt werden, die LizenznehmerInnen und in weiterer Folge auch die KonsumentInnen geschädigt. Unter anderem habe



EU-BATTERIEN-RICHTLINIE

→ Das EU-Parlament hat die Änderungen im Abfallwirtschaftsgesetz verabschiedet, die der Umsetzung der EU-Alt-Batterienrichtlinie dienen. Demnach werden nun Hersteller verpflichtet, sich an speziell dafür eingerichteten Sammelsystemen zu beteiligen und diese zu finanzieren. Auch die Kommunen müssen nun Rücknahmestellen einrichten. Einziger Wermutstropfen sind die in letzter Minute in die Regierungsvorlage hinein geflickten Ausnahmen für Fahrzeugbatterien. Wenn Kommunen nun doch eine Rücknahme anbieten, werden sie keine Vergütung für Aufwendungen erhalten. Bleibt abzuwarten, wie die Gemeinden darauf reagieren, zumal ausgediente Fahrzeugbatterien einen positiven Marktwert haben. Im Ausschussbericht ist aber festgehalten, dass die Ausnahmen evaluiert werden sollen. Besonderes Augenmerk soll darauf gelegt werden, dass die VerbraucherInnen über ihr unentgeltliches Rückgaberecht gut informiert werden. **HO**

Pendlerstatistik

2,4 Millionen ÖsterreicherInnen pendeln täglich. 1,45 Millionen PendlerInnen fahren mit dem eigenen Auto, 23 Prozent mit den „Öffis“. www.vcoe.at

Vom Winde verweht

Deutlich abgeschwächt hat sich zuletzt der Boom alternativer Energieformen. Ein führender Anbieter im Sektor hat etwa seit Anfang 2008 30 Prozent an Wert verloren.

„Laut Internationaler Energieagentur (IEA) seien allein für die Energieinfrastruktur bis 2030 weltweit Investitionen von 16.000 Milliarden US Dollar nötig.“ (Michael Paula, Innovationsministerium bei den „World Sustainable Energy Days“ in Wels. Kurier, 14. März 2008)

ARA diese Überschüsse auch dazu verwendet, die Gewerbesteuer weitaus mehr zu senken als die Haushaltstarife, wo sie über ein Monopol verfügt, um Mitbewerber im Gewerbebereich vom Markt zu verdrängen. Wenn ARA die Vorwürfe nicht entkräften kann, werde ein Antrag ans Kartellgericht folgen, so ein Sprecher der BWB. HO

DEUTSCHLAND

ATOMKONSENS BESTÄTIGT

Neuerlich hat ein Verwaltungsgericht die Beschwerde eines AKW-Betreibers gegen den Deutschen Atomkonsens abgewiesen.

→ Um eine Laufzeitverlängerung des ältesten derzeit in Deutschland noch betriebenen AKWs zu erreichen, hatte der RWE-Konzern im September 2006 die Zustimmung zu einer Übertragung von Strommengen des stillgelegten AKW Mülheim-Kärlich auf das AKW Biblis A beantragt. 2007 hatte das deutsche Bundesumweltministerium diesen Antrag abgelehnt, da dies das deutsche Atomgesetz nicht vorsehe. Die Bestimmungen gehen auf den deutschen Atomkonsens vom Juni 2000 zurück. Regierung und AKW-Betreiber haben die Übertragung von Reststrommengen auf kostengünstigere AKWs dort so ver-



VON RUUD KLEIN



Vor etwa einem Jahr erregte der Umweltminister die Gemüter, als er zum Verzicht auf Fernreisen mit dem Flugzeug aufrief. Immerhin ist der Flugverkehr der Bereich der Mobilität, in dem die Emissionen am rasantesten wachsen, auch wenn er immer noch weit hinter dem Autoverkehr rangiert. Wie jeder Aufruf zum Mäßigung blieb natürlich auch dieser wirkungslos - angesichts der verlockenden Angebote der Billigflieger völlig verständlich.

Nein, statt Verzicht gibt es heute modernere



DR. CHRISTOPH STREISSLER*

ABLASS FÜR'S ABGAS?

Mittel der Gewissensberuhigung. Der Ökofundi, der rasch nach Bali jetten muss und der dabei so viel CO₂ in die Luft bläst wie ein Durchschnittsbürger in einem ganzen Jahr, spendet ein wenig Geld für ein Windkraftprojekt in Madagaskar - und presto: schon ist das schlechte Gewissen wie weggeblasen. Eine immer größere Zahl an Organisationen bieten mittlerweile solche Projektbeteiligungen an, mit unterschiedlichen Preisen und unterschiedlichen Ansprüchen an die Qualität der Projekte.

Den Menschen ist nach so einer Spende das gute Gewissen billig - und mir ist es Recht. Was mich ärgert, ist die Feigheit von PolitikerInnen, die auf fromme Appelle setzen, statt Entscheidungen zu treffen. Noch immer profitiert der Flugverkehr von Privilegien aus der Zeit seiner Kindertage: keine Mineralölsteuer auf Kerosin, keine Mehrwertsteuer auf Tickets. Und die Verteidiger dieser Vorteile werden nicht rot, wenn sie die Beibehaltung dieser Begünstigungen begehren, da sonst die zweistelligen Zuwachsraten im Flugverkehr einknicken könnten. Der Ablasshandel hingegen ist ihnen willkommen - er gefährdet das Geschäft nicht.

*Dr. Christoph Streissler ist Chemiker und Mitarbeiter der Abteilung Umwelt & Verkehr in der AK Wien.

NACHRICHTEN

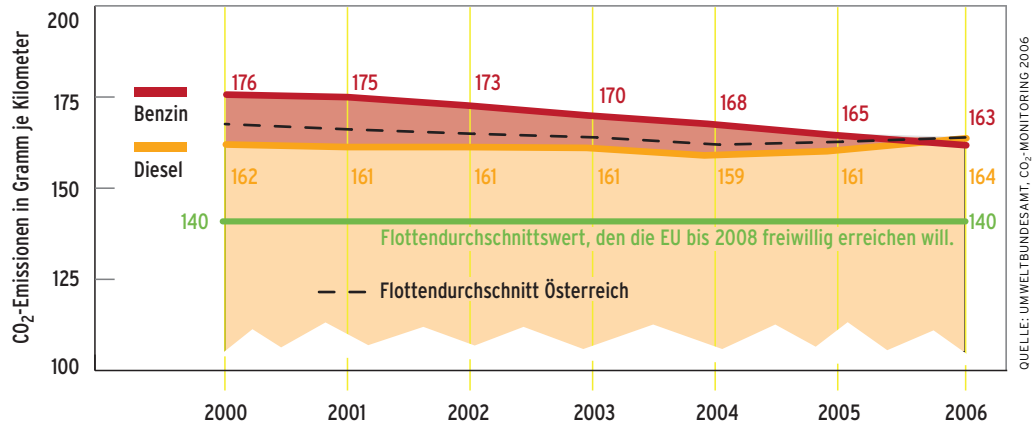
einbart, dass solche grundsätzlich nur an jüngere und sicherere AKWs übertragen werden können. Die aktuelle Restlaufzeit des AKW Biblis A beträgt nur mehr rund eineinhalb Jahre. Danach muss es endgültig abgeschaltet werden. Nun wird sich das Bundesverwaltungsgericht mit der Frage befassen. **HO**

EU-ABGASBESTIMMUNGEN

TRAKTOR AUF DEM VORMARSCH

Der Traktor beackert längst nicht mehr nur die Äcker, sondern mischt auf der Straße ordentlich mit. Gesetz benachteiligt schadstoffarme LKW.

→ Begünstigt wird dies durch laschere EU-Abgasbestimmungen im Vergleich zu herkömmlichen LKW. Traktoren müssen erst ab 2012 den heutigen Abgasstandard von LKW erfüllen. Dies



QUELLE: UMWELTBUNDESAMT, CO₂-MONITORING 2006

CO₂-EMISSIONEN VON KRAFTFAHRZEUGEN STEIGEN WIEDER

Der in den vergangenen Jahren beobachtete sinkende Trend der CO₂-Emissionen von Benzinfahrzeugen setzte sich auch 2006 fort. Bei Dieselfahrzeugen ist in den letzten Jahren ein Anstieg der durchschnittlichen CO₂-Emissionen festzustellen, vor allem verursacht durch den Trend zu SUV-Modellen (SUV - Sport Utility Vehicle - ein besonders schweres, großes, geländegängiges und leistungsstarkes Fahrzeug). Da in Österreich knapp zwei Drittel der Neuzulassungen Dieselfahrzeuge sind, überwiegen in Summe die CO₂-Emissionssteigerungen gegenüber den Einsparungen. Das Ziel der Selbstverpflichtung der Automobilindustrie, den Flottendurchschnitt der Neufahrzeuge bis 2008 auf maximal 140 g CO₂/km zu begrenzen, wird somit in Österreich verfehlt werden. Insgesamt erreichen derzeit weniger als 28 Prozent der neu zugelassenen Fahrzeuge das gesetzte Ziel. **LEI**

verbilligt den Anschaffungspreis erheblich. Traktorenhersteller reagieren auch prompt und bringen bestimmte Modelle auf den Markt, die speziell für das Güterbeförderungsgewerbe tauglich sind. Auch beim Fuhrpark von Kommunen und Baufirmen wird verstärkt auf Traktoren zurück gegriffen. In Werbematerialien werden sogar schon „autobahntaugliche“ Traktoren mit der erforderlichen Geschwindigkeit angeboten. In Zukunft könnte der Wettbewerb durch unterschiedliche Regelungen bei Lenk- und Ruhezeiten sowie Ausbildungsstandards verschärft werden. Während LKW-Fahrer

den gesetzlichen Aus- und Weiterbildungserfordernissen der Berufskraftfahrerqualifikation ab 1. September 2009 entsprechen müssen, gilt dies bei Lenkern landwirtschaftlicher Nutzfahrzeuge nicht. **FG**

TIROL

SEKTORALES LKW-FAHRVERBOT

EU und Vorarlberg planen rechtliche Schritte gegen Tirol.

→ Ab 2. Mai 2008 gilt auf der Tiroler Inntalautobahn (A-12) zwischen Zirl und Kufstein ein sektorales LKW-Fahrverbot für Ab-

falltransporte. Dieses soll ab 1. Jänner 2009 auf andere „bahntransporttaugliche Güter“ (Kork, Rundholz, Keramik, Stahl, Steine und Erze, Marmor und Autos) ausgedehnt und der Transport mit der „Rollenden Landstraße“ erfolgen. Davon ausgenommen sind besonders betroffene Gebiete in Bayern, Salzburg, Tirol und Südtirol. Das „Tiroler Gesamtpaket“ sieht allerdings auch ein allgemeines Fahrverbot für LKW mit den Abgasnormen Euro 0 und 1 und eine Ausnahme vom Nachtfahrverbot für besonders umweltfreundliche LKW vor. Die EU-Kommission hat schon in einem ersten

FOTOS: SCHUH (4)

AUF EINEN BLICK: EU & EUROPA ...

→ Grüne Mehrwertsteuer? Der britische Premier Gordon Brown hat gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy den Vorschlag gemacht, eine um fünf Prozentpunkte niedrigere Mehrwertsteuer für besonders energiesparende Produkte einzuführen. Trotz des anfänglichen Widerstands wurde am EU-Frühjahrs Gipfel beschlossen,

sich die Sache näher anzusehen. Ob die Kommission - gewöhnlich eine Advokatin von Steuerharmonisierungen - dem auch zustimmt, bleibt abzuwarten. Die Festlegung, welche Waren in den Genuss des verringerten Steuersatzes kommen sollen, wird sicher schwierig. → Neuer Ozon-Grenzwert in den USA: Die US-Umweltagentur EPA hat nach langen

Beratungen den Grenzwert für bodennahes Ozon von 80 ppb auf 75 ppb gesenkt. Umwelt- und Gesundheitsfachleute kritisieren dies als zu zaghaften Schritt, die Industrie hingegen beklagt die Kosten, die dadurch auf sie zukommen. Der Grenzwert in der EU liegt um 20 Prozent höher, ist aber ein Stundenmittelwert, während es sich in den USA um einen

Achtstundenmittelwert handelt. → Schlechte Luft in der EU: Die Tages-Grenzwerte für Feinstaub wurden 2005 in 44 Prozent der Überwachungsgebiete der EU-25 überschritten, in über einem Viertel der Gebiete wurde der Jahres-Grenzwert für Stickoxide überschritten. Das zeigt eine aktuelle Studie des European Topic Cen-

Mahnschreiben ihre bekannten Vorbehalte –

Verhältnismäßigkeit, unzureichende Berücksichtigung von PKW und kein ausschließliches Abstellen auf Euro-Emissionsklassen – erneuert. Offen ist im Grunde nur mehr, ob es eine „einstweilige Verfügung“ oder „nur“ ein normales EU-Rechtsverletzungsverfahren geben wird. Mit Vorarlberg tritt auf Betreiben der Wirtschaftskammer allerdings ein neuer Akteur in den Ring. Das Bundesland droht beim Verfassungsgerichtshof eine Klage wegen „Ungleichbehandlung“ an. Trotz Aufforderung Tirols konnten aber die Vorarlberger keine Firmen nennen, die nachteilig vom sektoralen Fahrverbot betroffen wären. **FG**

DEUTSCHLAND

LKW-MAUT IN ÜBERARBEITUNG

Neue Wegekosten-Studie zeigt Unterdeckungslücken beim LKW auf.

→ Eine aktualisierte Wegekosten-Rechnung im Auftrag des Verkehrsministers für das deutsche Bundesfernstraßennetz liegt vor. Auf Drängen der Grünen/Bündnis 90 im Bundestag wurde sie nun veröffentlicht. Brisantes Fazit der Studie: Die mautpflichtigen LKW ab 12 Tonnen bezahlen um 600 Millionen Euro zu wenig. Bis 2008

steigt der Fehlbetrag sogar auf rund eine Milliarde Euro jährlich an. Hintergrund für die Studie sind die Umsetzung von EU-Bestimmungen, mögliche Anreizsysteme bei der Feinstaubreduktion sowie geänderte Verkehrszahlen. Trotz der dem Ministerium vorliegenden Studienerkenntnisse hat das Bundesverkehrsministerium im November einen Erstentwurf zur „Maut-höhenverordnung“ vorgelegt, nach dem die durchschnittliche LKW-Maut um mehr als einen Cent abgesenkt werden sollte. Der Durchschnittsmautsatz beträgt derzeit 12,3 Cent. Die Mauthöhenverordnung soll voraussichtlich von der Bundesregierung im Mai 2008 beschlossen werden und ab 1. Oktober 2009 in Kraft treten. Geplant sind eine Mautstaffelung nach drei Emissions- und Achsklassen sowie eine Berücksichtigung von nachgerüsteten Partikelfiltern bei der Gebührensatzung.

Mehr unter: www.allianz-proschiene.de/cms/upload/media/PMs/PMs_07/071211_Zusammenfassung_WKG_2007.pdf **FG**



ALSO DOCH – GEN-MILCH

→ Greenpeace darf Milchprodukte der Unternehmensgruppe Müller weiterhin als „Gen-Milch“ bezeichnen. Die Umweltorganisation könne sich dabei auf die Meinungsfreiheit berufen, entschied kürzlich der deutsche Bundesgerichtshof (BGH). Der Begriff „Gen-Milch“ bringe „plakativ und schlagwortartig“ zum Ausdruck, dass die Umweltschützer es ablehnen, wenn Kühe mit gentechnisch veränderten Futtermitteln ernährt werden. Greenpeace hatte 2004 und 2005 bei öffentlichen Aktionen Produkte der Theo Müller GmbH als „Gen-Milch“ bezeichnet. Laut BGH kommt es nur darauf an, dass ein Verfahren zur gentechnischen Veränderung überhaupt angewendet wurde. Der BGH geht damit viel weiter als die EU-Kennzeichnungsvorschriften, die tierische Produkte wie etwa Milch, bei denen gentechnisch veränderte Futtermittel eingesetzt worden sind, nicht erfassen. **HO**

CITY-MAUT

KEIN HERZ FÜR PORSCHE

London gestaltet die City-Maut um und will die ab 27. Oktober 2007 bereits existierende Stautmaut um eine CO₂-Komponente bereichern.

→ Demnach wird das derzeitige Tarifsystem (acht Pfund für eine Einfahrt in die Congestion Zone)

in drei Kategorien gestaffelt. Durch diese CO₂-Komponente sollen 5.000 Tonnen CO₂ eingespart und Geldmittel von bis zu 50 Millionen Pfund für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs eingenommen werden. PKW mit einem Ausstoß von maximal 120 Gramm CO₂/km und der Abgasnorm Euro 4 sollen eine gebührenfreie Einfahrt bekommen und von der Stautmaut völlig befreit werden. Autos zwischen

... UND DIE GANZE WELT

tre on Air and Climate Change (ETC/ACC), die auf Daten beruht, die die Mitgliedstaaten an die EU übermittelt haben. Noch dazu verschlechtert sich die Situation bei den Schadstoffen, die am häufigsten für Überschreitungen verantwortlich sind. Hauptschuld an dieser Verschlechterung trägt demnach der Verkehr: Mehr als 70 Prozent der

Grenzwertüberschreitungen von Stickoxiden, mehr als die Hälfte der Überschreitungen bei Feinstaub und zumindest ein Fünftel der Ozon-Grenzwertüberschreitungen sind auf den lokalen Verkehr zurückzuführen.

→ Japans Widerstand gegen Genmais am Schwenden? In Japan, dem größten Maisimporteure der Welt, ist bislang die Verwendung von gene-

tisch verändertem Mais für die Nahrungsmittelproduktion verboten. Mit dem steigenden Weltmarktpreis für Mais wird dieses Verbot jedoch immer mehr in Frage gestellt. Die japanische Nahrungsmittelindustrie befürchtet, dass der Preisaufschlag für nicht manipulierten Mais etwa ein Viertel des derzeitigen Preisniveaus erreichen könnte, vor-



allem auf Grund der notwendigen getrennten Logistik. Freilich dürften hier die KonsumentInnen das letzte Wort haben, und bei ihnen ist kein Umschwung in Sicht. **cs**

NACHRICHTEN

120 und 225 Gramm CO₂/km zahlen weiterhin den derzeitigen Normaltarif von acht Pfund. Voll erwischt es Autos in der dritten Kategorie: KFZ mit mehr als 225 Gramm CO₂/km oder einem Hubraum von 3.000 cc (v.a. SUV und Pick-up-Fahrzeuge) müssen stattliche 25 Pfund für eine Fahrt in die Londoner City zahlen. Verschärft wird dies noch dadurch, dass Bewohner der Londoner City für diese Kategorie keine Mautbefreiung bekommen. Ken Livingstone zielt damit voll auf reiche Stadtbewohner mit schweren und abgasstarken Autos („chelsea tractors“). Die Firma Porsche drohte auch schon rechtliche Schritte gegen London an. Transport for London: <http://www.tfl.gov.uk/corporate/projectsandschemes/roadsandpublicspaces/7411.aspx> **FG**



TIPPS! LEBENSMITTEL MIT GÜTEZEICHEN

Im Lebensmittelbereich werden eine Vielzahl von Marken- und Gütezeichen verwendet. Was sagen diese Zeichen über Produkt- und Herstellungsqualität aus? Welche Kriterien liegen den Zeichen zugrunde? Ist etwa wirklich „Natur“ drin, wo „Natur“ drauf steht? Kann ich als KonsumentIn die Aussagekraft solcher Angaben überhaupt beurteilen? Den Überblick über die Vielzahl der Güte- und Markenzeichen hat wohl kaum jemand. Die Broschüre „Gütezeichen für Lebensmittel - Produktkennzeichnungen

am Lebensmittelsektor“ gibt einen kompakten Überblick und erklärt, was hinter den Gütezeichen steckt, wer sie vergibt, ob und wie sie kontrolliert werden. Also zum Beispiel: welche Produkteigenschaften oder Produktionsrichtlinien werden durch die Zeichen garantiert, wie sieht es mit deren Einhaltung, etwa Herkunftsangaben, aus? Die Broschüre kann bei der AK Salzburg kostenlos bestellt werden. Tel.: 0662/8687-157 **LEI**

RAUMORDNUNG

EINKAUFSZENTREN IM GRÜNEN

Rechnungshof-Bericht zeigt Raumordnungsdefizit in den Bundesländern auf.

→ Der Rückgang der „fußläufigen Nahversorgung“ in Stadtzentren und ländlichen Regionen durch die zunehmenden Groß-Einkaufszentren wird von den verantwortlichen Ländern tatenlos toleriert. Dies geht aus einem Rechnungshofbericht über Ein-

kaufszentren in Kärnten, Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark hervor, der im Jänner 2008 im Nationalrat behandelt wurde.

Nüchterne Bestandsaufnahme der Prüfer: Kein Bundesland hat steuerliche Maßnahmen (z. B. Verkehrsanschlussabgabe, Lenkungsabgaben) gegen die Errichtung von großen Einkaufszentren gesetzt. Zur Verhängung von raumordnungspolitischen Auflagen fehlt es vielfach sogar an den notwendigen Datenerhebungen. Obwohl seit



Mobilfunk-Streit: Krebs durch Elektromog?

→ Der Salzburger Umweltmediziner und Referent für Umweltmedizin der österreichischen Ärztekammer, Dr. Gert Oberfeld, weist die Vorwürfe des Forum Mobilfunk (FMK) zurück und bleibt trotz gerichtlicher Klage bei seinem Verdacht, dass im Wählamt Hausmannstätten südlich von Graz ein C-Netz Mobilfunksender in Betrieb war. Im Umkreis von 200 Me-

tern um das Wählamt wurden im Rahmen der wissenschaftlichen Studie des Landes Steiermark signifikante Häufungen (bis zum Achtfachen), für alle Krebsarten, festgestellt. Insbesondere waren es Brustkrebs und Hirntumore. Offizielle Prüfungen durch das Gesundheits- und das Verkehrsministerium sollen laut FMK bereits laufen. **HO**

Gletscher im Klimawandel

Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) geht davon aus, dass nur nur sieben Prozent der österreichischen Eisflächen die Jahrhundertwende 2100 überstehen werden. Bis 2050 dürfe 50 Prozent der heimischen Gletscherfläche verschwunden sein. www.zamg.ac.at



Elektroaltgeräte

Die ÖsterreicherInnen sammeln pro Kopf und Jahr 8,41 Kilogramm Elektroschrott. Das ist mehr als doppelt so viel wie die EU verlangt. Der Großteil der Altgeräte kann wieder genutzt werden. <http://www.eak-austria.at> www.drz-wien.at

„80 Prozent des Wassers in der EU nutzt die Landwirtschaft. Dort könnten wir 40 Prozent einsparen. Im Vergleich zu Haushalten zahlen die Landwirte einen Bruchteil, was zur Verschwendung verleitet“. (ÖVP-EU-Parlamentarier Richard Seeber; Kurier, 4. März 2008)

1994 in der Gewerbeordnung „die Gefährdung der Nahversorgung“ durch Verordnung des Landeshauptmannes festzustellen ist, existieren in den Ländern nicht einmal Verfahren dafür.

Der Bericht enthält eine umfangreiche rechtliche Bestandsaufnahme und eine detaillierte Auflistung von strukturellen Vollzugsdefiziten. Als dringendste Konsequenz empfiehlt der Rechnungshof den Bundesländern, verstärkt den interkommunalen Finanzausgleich gegen den sinnlosen Standortwettbewerb bei der Ansiedlung von überdimensionierten Verkaufsflächen anzuwenden.

Der Rechnungshof, Reihe Bund, 2007/2: www.parlament.gv.at/PG/DE/XXIII/III/III_00026/imfname_073091.pdf **FG**

TANKERUNGLÜCK

HÖCHSTSTRAFE GEGEN TOTAL

Das Tankerunglück der „Erika“ vom Dezember 1999 war die schlimmste Ölkatastrophe in der Geschichte Frankreichs. → Nun wurde der Öl-Konzern TOTAL von einem französischen Strafgericht zur Höchststrafe verurteilt. Weiters wurden auch die italienische Schiffsregisterfirma Rina, der Reeder sowie der Chef der Eignerfirma verurteilt. Total und Rina hätten durch einen „schwerwiegenden Fehler“ den Untergang der „Erika“ mitverursacht, so das Urteil. Zum erstem Mal hat ein französisches Gericht auch den ökologischen Schaden anerkannt und rund 200 Millionen Euro Schadenersatz zugebilligt. Erstmals hat ein Gericht

auch den Besitzer der Frachtladungen, der ein Schiff anheuert, zum Ersatz verpflichtet. Normalerweise sind diese nach internationalem Seerecht von der Verantwortung ausgenommen. Dazu läuft auch ein Vorabentscheidungsverfahren beim Europäischen Gerichtshof (C- 188/07 - Commune de Mesquer). Nach der Ölpest hatten dutzende Fischer, Hotelbesitzer, Gemeinden und Umweltschutzgruppen wie Greenpeace Anzeige gegen TOTAL und weitere Beteiligte erstattet. Ihre Schadenersatzforderungen belaufen sich insgesamt auf rund eine Milliarde Euro. TOTAL hat gegen das Urteil berufen, aber angekündigt, die zugesprochenen 200 Millionen Euro jedenfalls zu bezahlen. Der Großteil davon geht freilich an den französischen Staat. **HO**

ÖKOBUSINESSPLAN WIEN

UMWELT HAT IHREN PREIS

Bereits zum vierten Mal ist Ende Februar der Umweltpreis der Stadt Wien verliehen worden. → Vier Unternehmen wurden für ihre Projekte ausgezeichnet, um Energie, Abfall und Ressourcen einzusparen. Auch bewusstseinsbildende Maßnahmen oder soziale Aspekte einer nachhaltigen Betriebsführung werden berücksichtigt. Seit nunmehr zehn Jahren unterstützt der ÖkoBusiness-Plan Betriebe bei der Umsetzung von umweltrelevanten Maßnahmen. Auch 2007 haben über 100 Unternehmen teilgenommen. <http://www.oekobusinessplan.wien.at>. **HO**

Erste globale Meereskarte

Sie zeigt, dass nur noch vier Prozent der Weltmeere vom Menschen weitgehend unberührt, 40 Prozent dagegen stark angegriffen sind. Vor allem Korallenriffe sind laut Studie der American Association for the Advancement of Science (AAAS) bedroht. www.aaas.org



Michael Ludwig

Mit Beispielswirkung geht die Stadt Wien beim Klimaschutz seit Jahren voran, auch im Wohnbaubereich. Jetzt wird der Fuhrpark der MA 34 - Gebäudemangement auf Erdgas-Autos umgestellt. Wie und in welchem Umfang, darüber sprach Wilfried Leisch mit dem Wiener Stadtrat für Wohnen, Wohnbau und Stadterneuerung, Dr. Michael Ludwig.

ÖKOMOBIL

Warum gerade Erdgas-Autos? Gibt es keine anderen Alternativen?

Ludwig: Erdgas ist ein besonders umweltverträglicher Treibstoff, da es von fossilen Energieträgern den geringsten Kohlenstoffgehalt aufweist. Zudem fällt bei der Verbrennung kein gesundheitsschädlicher Feinstaub an. Natürlich gibt es auch andere ökologisch sinnvolle Antriebskonzepte, wie etwa Elektrofahrzeuge. Diese Technologie findet auch in anderen Bereichen der Stadt Wien, etwa bei der Wiener Wohnen-Hausbetreuungs GmbH. Verwendung.

Wie groß ist die Umstellung und der CO₂-Einsparereffekt?

Ludwig: Zur Zeit besteht der Fuhrpark der MA34 aus 25 Fahrzeugen, die vor allem im Störungs- und Servicedienst zum Einsatz kommen. Zu den vier Erdgasautos, die ab sofort in Verwendung stehen, kommen bis Sommer 2008 drei weitere Fahrzeuge hinzu. Bis Ende 2009 sollen dann der gesamte Fuhrpark auf den umweltfreundlichen Erdgasantrieb umgestellt sein. Alleine durch die Umstellung der MA34-Flotte können wir pro Jahr über zehn Tonnen CO₂ einsparen.

Und die weiteren ökologischen Vorteile?

Ludwig: Erdgasbetriebene PKWs emittieren im Vergleich zu benzinbetriebenen PKWs bis zu 80 Prozent weniger Kohlenmonoxid (CO) und um rund 21 Prozent weniger Kohlendioxid (CO₂). Zudem wird die Emission von Stickoxiden (NO_x) beinahe vollständig vermieden. Im Vergleich zu einem dieselbetriebenen PKW wird der Ausstoß, der für die Ozonbildung verantwortlichen NO_x-Emissionen um bis zu 90 Prozent reduziert.

Welche Beispielswirkung erhofft sich die Stadt Wien von dieser Maßnahme?

Ludwig: Wir fördern mit den Mitteln der Wohnbauförderung in den Bereichen Neubau und Sanierung von Wohnhäusern eine Vielzahl ökologisch sinnvoller Maßnahmen, etwa den Umstieg auf alternative Energieträger wie Fernwärme, Biomasse oder Sonnenkraft. Mir ist aber wichtig, dass auch die Stadt Wien in ihrem Bereich mit gutem Beispiel voran geht. Mit dem Umstieg auf Erdgasautos können wir auch alternative Treibstoffe bekannter machen und aufzeigen, dass diese dieselbe Leistung erbringen wie PKW mit Benzin- oder Dieselantrieb.